

20. Wahlperiode



**Deutscher Bundestag**  
Parlamentarischer Beirat für nachhaltige  
Entwicklung

## **Wortprotokoll der 23. Sitzung**

### **Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung**

Berlin, den 25. Januar 2023, 18:00 Uhr  
Paul-Löbe-Haus  
E.700

Vorsitz: Helmut Kleebank, MdB

## Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

### **Einzigiger Tagesordnungspunkt**

**Seite 3**

Fachgespräch zum Thema „**Menschliches  
Wohlbefinden und Fähigkeiten, soziale  
Gerechtigkeit**“



### Mitglieder des Beirates

	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
SPD	Blankenburg, Jakob Echeverria, Axel Hagl-Kehl, Rita Kersten, Dr. Franziska Kleebank, Helmut Zorn, Armand	Abdi, Sanae Mascheck, Franziska Nasr, Rasha Plobner, Jan Rudolph, Tina Wagner, Dr. Carolin
CDU/CSU	Brinkhaus, Ralph Mayer-Lay, Volker Radomski, Kerstin Schreiner, Felix Stefinger, Dr. Wolfgang	Connemann, Gitta Grundmann, Oliver Heilmann, Thomas König, Anne Lenz, Dr. Andreas
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Aeffner, Stephanie Ganserer, Tessa Wagner, Johannes	Außendorf, Maik Beck, Katharina Michaelson, Swantje Henrike
FDP	Al-Halak, Muhanad Gründer, Nils Teutrine, Jens	Gerschau, Knut Skudelny, Judith Stockmeier, Konrad
AfD	Glaser, Albrecht Kraft, Dr. Rainer	Bleck, Andreas Brandner, Stephan
DIE LINKE.	Riexinger, Bernd	



### **Einziger Tagesordnungspunkt**

#### **Fachgespräch zum Thema „Menschliches Wohlbefinden und Fähigkeiten, soziale Gerechtigkeit“**

dazu Sachverständige:

#### **Dr. Kai Unzicker**

Senior Project Manager Demokratie und Zusammenhalt, Bertelsmann Stiftung

#### **dazu verteilt:**

Unterlagen Ausschussdrucksache 20(26)34

#### **Dr. Ulrich Schneider**

Hauptgeschäftsführer Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e. V.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Sie ganz herzlich zur 23. Sitzung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung (PBnE) mit dem einzigen Tagesordnungspunkt, nämlich einem Fachgespräch zum Thema „Menschliches Wohlbefinden und Fähigkeiten, soziale Gerechtigkeit“. Ich begrüße Sie alle hier im Saal und die per Video zugeschalteten Mitglieder des PBnE.

Sehr herzlich begrüße ich unsere beiden geladenen Sachverständigen, Herrn Dr. Kai Unzicker und Herrn Dr. Ulrich Schneider, von denen wir uns einen wertvollen Input zu dem Thema erhoffen. Vielen Dank, dass Sie beide unserer Einladung gefolgt sind. Wir sind sehr gespannt auf Ihre Impulse und auch auf das nachfolgende Gespräch. Herzlich willkommen.

Die Anhörung findet öffentlich statt. Ich will Ihnen zunächst die Sachverständigen in alphabetischer Reihenfolge kurz vorstellen: Herr Dr. Kai Unzicker ist als Senior Project Manager im Programm „Demokratie und Zusammenhalt“ der Bertelsmann Stiftung tätig. Er ist Co-Leiter des Projekts „Upgrade Democracy“, das sich mit den Chancen und Risiken der Digitalisierung für die Demokratie befasst. Zuvor hat er seit 2011 für die Bertelsmann Stiftung das „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt“ entwickelt. In zahlreichen Studien hat er gesellschaftliche Veränderungen im internationalen Vergleich, in

Deutschland und auf regionaler und lokaler Ebene untersucht.

Dr. Ulrich Schneider ist seit 1999 Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands. Dieser vertritt mit seinen Mitgliedsorganisationen insbesondere die Belange der sozial Benachteiligten und der von Ungleichheit und Ausgrenzung Betroffenen bzw. Bedrohten.

Herr Dr. Schneider ist für Armut in allen Facetten zuständig. Wir werden hören, was das bedeutet. Im Jahr 1989 schrieb er an dem allerersten Armutsbericht mit. In einem Porträt der Tageszeitung *TAZ* über ihn hieß es u. a.: „Schneider mag Talkshows, weil man da vorher nicht weiß, wie es wird.“. Daher sind wir sehr gespannt.

Wir haben hier keine Talkshow, aber wir haben sicherlich eine spannende Unterhaltung. An sie beide noch mal ein herzliches Willkommen. Ich denke, Ihre Vita verheißt einiges. Wir sind sehr gespannt bei diesem wichtigen Thema.

Ich möchte vorher noch ein paar organisatorische Hinweise geben:

Herr Dr. Unzicker hat zur Vorbereitung auf das Gespräch Internet-Links zu Unterlagen übermittelt, die als Ausschussdrucksache 20(26)34 veröffentlicht und an die Beiratsmitglieder verteilt und auf der Homepage des Beirats veröffentlicht wurden.

Die Mitglieder des PBnE haben beschlossen, dass das heutige Gespräch im Parlamentsfernsehen übertragen wird. Die Sitzung wird am Donnerstag, 26. Januar 2023 von 12:00 bis 14:00 Uhr im Parlamentsfernsehen auf Kanal 2 übertragen und später in die Mediathek und dann auch auf der Website des Beirats eingestellt. Beide Sachverständige haben sich mit der Übertragung einverstanden erklärt. Von unserem Fachgespräch wird zudem ein Wortprotokoll erstellt. Zu diesem Zweck wird die Sitzung zur Erstellung des Protokolls mitgeschnitten.

Für das Eingangsstatement haben wir den Sachverständigen jeweils ein Zeitfenster von ca. zehn Minuten eingeräumt, bei dem ich bitte, es möglichst einzuhalten. Hieran werden sich dann eine bzw. mehrere Fragerunden anschließen. Es ist vorgesehen, dass die Fragen im Anschluss an



die Fragerunde dann gemeinsam beantwortet werden.

Gegen 19:00 Uhr würde ich die öffentliche Sitzung dann gerne beenden. Die Mitglieder des PBnE werden sich dann anschließend noch für eine nichtöffentliche Sitzung – ebenfalls in diesem Sitzungsformat mit den gleichen Zugangsdaten – zusammenfinden. Das wurde in der Oblegerunde so besprochen. Auch hier sehe ich jetzt keinen Widerspruch.

Soweit zu den organisatorischen Hinweisen, so dass wir zu unseren Impulsreferaten kommen können. Ich würde mit Herrn Dr. Unzicker beginnen. Sie haben das Wort. Wir sind sehr gespannt.

Sachverständiger **Dr. Kai Unzicker** (Senior Project Manager Demokratie und Zusammenhalt, Bertelsmann Stiftung): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ganz herzlichen Dank, dass Sie mir heute die Gelegenheit geben, Ihnen die Ergebnisse aus einigen Studien zu berichten.

Ich werde mich schwerpunktmäßig mit dem Thema „Gerechtigkeitsempfinden“ beschäftigen. Ich gehe davon aus, dass Herr Schneider nachher stärker auf die Themen „Ungleichheit“, „Armut“, „Benachteiligung“ eingehen wird.

Das Gerechtigkeitsempfinden ist ja, wenn man so will, die Verarbeitung, wie Menschen mit der faktischen Ungleichheit, mit faktischer Ungerechtigkeit, umgehen und was daraus folgt. Das hängt nicht unmittelbar zusammen, hat aber natürlich miteinander zu tun. Das heißt, aus einer bestimmten Verteilung von Ressourcen, einer bestimmten Verteilung von Chancen folgt nicht logisch bzw. zwangsläufig ein bestimmtes Gerechtigkeitsempfinden, sondern das hat was damit zu tun, in welcher individuellen sozialen Lage sich eine Person befindet, was diese Person faktisch über die Ungleichheit in der Gesellschaft weiß oder zu wissen glaubt und mit welchen Wertvorstellungen oder mit welchen Prinzipien diese Person beurteilt, was denn eigentlich jetzt gerecht und was ungerecht sein soll. Ich werde ganz kurz auf diese grundlegenden Studienergebnisse eingehen, aber danach vor allen Dingen darauf, was es bedeutet, wie momentan Gerechtigkeit in Deutschland gesehen wird, was das für die Demokratie bedeutet und wie wir mit Zukunftsherausforderungen, wie

demografischem Wandel oder Klimawandel, umgehen können.

In einer Studie, die wir im letzten Jahr gemeinsam mit dem IFO-Institut (Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.) gemacht haben, kommt heraus, dass eine große Mehrheit der Deutschen – rund drei Viertel – die Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland sehr skeptisch einschätzen. 43 Prozent sagen, die sozialen Unterschiede sind ungerecht, 77 Prozent sagen, die wirtschaftlichen Gewinne würden ungerecht verteilt, und 60 Prozent sagen, dass die Entlohnung, die man in Deutschland erhält, nichts mit der eigenen Leistung zu tun hat. Das ist sozusagen die Draufsicht und wie man die gesellschaftlichen Verhältnisse insgesamt sieht.

Das Bild wird ein bisschen besser, aber nicht viel besser, wenn man die Leute nach ihrer persönlichen Situation befragt. Da sind knapp die Hälfte der Meinung, dass sie das Gefühl haben, dass ihr eigenes Einkommen, ihr eigenes Vermögen ungerecht verteilt ist. Auf der anderen Seite sagen jeweils nur knapp ein Drittel, dass sie das eigene Einkommen und das eigene Vermögen als gerecht empfinden. Aber das ist schon mal besser als diese „Draufsicht“ auf die Gesamtgesellschaft, wenn es um die individuelle Ausstattung geht.

Wir haben in dieser Studie aus dem letzten Jahr auch nach der Generationengerechtigkeit gefragt, also wie die Menschen das Verhältnis zwischen den Generationen, zwischen Alt und Jung, einschätzen. Und auch da ist das Bild ebenso skeptisch wie bei der Verteilungsgerechtigkeit. Zwei Drittel der Befragten sagen, dass diese Form von Generationengerechtigkeit nicht gegeben ist. 70 Prozent sagen, bei politischen Entscheidungen würden die Interessen und die Auswirkungen dieser Entscheidungen, auch die der jüngeren Generation, nicht berücksichtigt, und nur noch ein Drittel der Befragten ist der Meinung, dass die jüngeren Generationen auf dem Arbeitsmarkt oder auch beim Wohlstand noch Chancen hätten, die vergleichbar wären mit den älteren Generationen. Wenn man das ein bisschen zuspitzt, dann könnte man sagen, zwei Drittel der Bevölkerung glauben eigentlich nicht mehr, dass das Aufstiegsversprechen über Generationen gilt, also dass es der nächsten Generation besser gehen



wird, als den bisherigen. Und das ist, wenn man so will, erst mal das grobe Gesamtbild, das sich einfach zusammenfassen lässt.

Dieses Gefühl von Ungerechtigkeit ist in der Gesellschaft stark verbreitet. Dabei sind sich die Menschen aber einigermaßen einig darüber, was als gerecht empfunden wird. 95 Prozent der Menschen sagen, dass eine gerechte Gesellschaft eine solidarische Gesellschaft sei, in der den Menschen geholfen wird, die eine besondere Notlage haben oder die einen besonderen Bedarf haben. Ganz kurz danach, mit 85 Prozent, kommt das Leistungsprinzip. Fast alle Befragten sagen, wer einen größeren Beitrag in der Gesellschaft leistet, der soll auch mehr bekommen. Und das sind jetzt keine zwei widersprüchlichen Prinzipien, sondern die sind für die meisten Menschen kombinierbar. Das sind also 95 bzw. 85 Prozent, die das sagen.

Im Hinblick auf das Gleichheitsprinzip, also Ergebnisgleichheit, dass am Ende alle das Gleiche haben sollen, befürworten das knapp 54 Prozent der Befragten. Das fällt also deutlich dahinter zurück. Wenn man das so in ein Gesamtbild packt, dann kann man schon sagen, dass die Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft in der Bevölkerung stark geteilt werden, im Sinne von „solidarisch sein“, „Menschen in Not helfen“, „Leistung soll sich lohnen“. Menschen sollen auch davon profitieren, wenn sie einen großen Beitrag leisten, und Ungleiches soll auch ungleich behandelt werden – zumindest ganz überwiegend.

Wenn man sich mal auf der einen Seite diese starke Zustimmung ansieht, dass die Gesellschaft ungerecht ist, auf der anderen Seite dann diese große Einigkeit zu den Prinzipien, wenn man diese mal kombiniert anschaut und sich dort die unterschiedlichen sozialen Lagen der Menschen anschaut, gibt es auch ein relativ einfaches, vielleicht auch erwartbares Muster. Wer in einer besseren sozialen Lage ist, also wohlhabender ist, eine bessere Ausbildung hat, vielleicht ein Bildungsaufsteiger ist, sich also in einer besseren sozialen Situation befindet als die eigenen Eltern, dann empfindet diese Person die Gesellschaft als etwas weniger ungerecht und tendiert im Verhältnis zum Bedarfsprinzip stärker zum Leistungsprinzip. Auf der anderen Seite: Das andere Spektrum, wo die soziale Lage etwas prekärer ist, also das Einkommen niedrig ist, das

Vermögen vielleicht nicht vorhanden und die Qualifikation niedrig, da ist die Zustimmung zum Bedarfsprinzip größer und gleichzeitig auch die Wahrnehmung der Ungerechtigkeit ausgeprägter. Aus psychologischer Sicht kann man das relativ einfach erklären. Mit diesen Wahrnehmungen rechtfertigt man natürlich jeweils die eigene soziale Lage. Wer „oben“ steht in der Gesellschaft, möchte gerne den Eindruck haben, er steht dort zu recht, nämlich aus eigener Anstrengung und eigener Leistung, nach dem Motto „Die Gesellschaft ist gerecht und deswegen bin ich oben“. Leistung ist natürlich ein ganz entscheidendes Moment. Und umgedreht: Wer sich in einer schwierigen sozialen Situation befindet, der sieht natürlich gerade die gesellschaftlichen Herausforderungen, die Hürden, die da sind.

Jetzt gehe ich mal ganz kurz weg von den Umfragen, die wir machen. Wir wissen natürlich auf der anderen Seite aus vielen anderen Untersuchungen, dass diese Hürden tatsächlich hoch sind. Also dass „Bildungserfolg“, „Einkommen“ und tatsächlich auch „Vermögen“ sehr stark von der Herkunft und von der Grundausstattung abhängen. Das heißt, dass die eine Verzerrung durch die soziale Lage womöglich etwas stärker ist, als die andere. Jetzt ist die Frage, wenn man das erst mal so zur Kenntnis nimmt und sagt, „Das ist sozusagen die deskriptive Situation, so schauen die Menschen unterschiedlich auf die Gesellschaft“, was hat das eigentlich für Folgen für die Gesellschaft? Das erste Ergebnis, was die Folgen betrifft, ist womöglich auch recht naheliegend. Menschen, die die Gesellschaft als ungerechter wahrnehmen, haben eine stärkere Motivation, dass sich daran etwas ändern soll. Also der Wunsch nach Umverteilung, der Wunsch nach Ausgleich, der Wunsch danach, dass der Staat hier intervenieren soll, ist bei den Menschen größer, die eine stärkere Ungerechtigkeit wahrnehmen. Aber auch da ist es wieder so: Insgesamt sind es ca. 75 Prozent – auch wieder drei Viertel der Menschen –, dass diese den Wunsch danach haben, dass der Staat an einer Verringerung des Unterschieds zwischen Arm und Reich mitwirkt.

Das zweite Beispiel oder der zweite Befund lässt sich nicht ganz so einfach aus den Ergebnissen ableiten, aber er ist auch relativ stark und



signifikant. Es gibt einen starken Zusammenhang zwischen „Ungerechtigkeitswahrnehmung“ und „Demokratieeinschätzung“. Menschen, die die Gesellschaft als ungerechter erleben, haben weniger Vertrauen in die Politik, haben weniger Vertrauen in politische Institutionen, haben weniger Vertrauen in die Medien und haben ein deutlich stärkeres Gefühl, nicht politisch repräsentiert zu sein. Das heißt, mit diesem Gefühl von Ungerechtigkeit ist auch die Abkehr von der Demokratie gekoppelt. Dieses Gefühl, politisch nicht repräsentiert zu sein, unabhängig von den jeweiligen Ausprägungen des Gerechtigkeitsempfindens, haben in dieser Umfrage 64 Prozent der Menschen geäußert. Wir haben parallel noch weitere Studien gemacht. Da haben sich diese Ergebnisse bestätigt. Das ist also eine Mehrheit der Menschen, die dieses Gefühl haben, die Politik kümmert sich nicht um meine Interessen, Politiker interessieren sich nicht dafür. Das ist also stark gekoppelt mit dem Gefühl von Gerechtigkeit.

Ich möchte noch einen dritten Befund mitgeben, der mit dem Gefühl von Ungerechtigkeit zusammenhängt. Dieser hat etwas zu tun mit der Bewältigung von Zukunftsherausforderungen. Wir haben die Menschen in dieser Umfrage auch danach befragt, wie sie das denn einschätzen, was man eigentlich tun muss oder wie die Maßnahmen sind, die man tun kann, um dem demografischen Wandel zu begegnen, also um beispielsweise das Wohlfahrtssystem oder den demografischen Wandel resistent zu machen. Was kann man eigentlich machen, um Klimaziele zu erreichen? Und da zeigt sich auch: Menschen, die vor allen Dingen ihre persönliche Situation als ungerecht empfinden, haben eine deutlich geringere Bereitschaft, sich auf irgendwelche Veränderungen bei diesen Zukunftsherausforderungen einzulassen. Es sind beispielsweise weniger Menschen bereit zuzustimmen, dass die Politik mehr tun sollte, um Klimaziele zu erreichen. Das heißt, die aktuelle Ungerechtigkeitswahrnehmung, die mit aktueller Ungleichheit zusammenhängt, ist quasi eine Bürde, wenn es darum geht, langfristige Zukunftsprobleme anzugehen, weil dafür die Zustimmung und die Unterstützung hierfür fehlen.

Was heißt das, wenn man das jetzt ein bisschen größer denkt? Sie sind der Beirat für nachhaltige Entwicklung. Ich habe es am Anfang gesagt. Diese Ungerechtigkeitswahrnehmung hat natürlich etwas mit faktischer Ungleichheit zu tun. Das Überwinden von Ungleichheiten, vor allem von ungerechten bzw. ungerechtfertigten Ungleichheiten, ist wahrscheinlich sowieso ein breit geteiltes politisches Ziel. Was wir aber in anderen Studien, auch in qualitativen Befragungen sehen, ist, dass es an vielen Stellen um Lebens- und Teilhabechancen geht. Wir haben in den letzten zehn Jahren zahlreiche Studien zum gesellschaftlichen Zusammenhalt durchgeführt. Und wir haben immer wieder gesehen, in Regionen, in denen Menschen ihre persönlichen Lebens- und Teilhabechancen schlecht einschätzen, also wo sie den Eindruck haben, sie haben eigentlich keine Zukunftsperspektive, wo Aufstiegschancen schlecht sind, wo viele Schüler ohne Schulabschluss von der Schule abgehen und der gesellschaftliche Zusammenhalt schlecht ist, da ist das Gerechtigkeitsempfinden niedrig. Da ist relativ wenig Beteiligung und Unterstützung für andere verfügbar. Das heißt umgekehrt, ein ganz entscheidendes Element dabei ist, diese Chancen zu stärken, um das Gerechtigkeitsempfinden zu stärken und damit aber auch die Menschen wieder an diesen demokratischen Prozessen zu beteiligen.

Noch ganz kurz eine Randnotiz. Gestern haben Kollegen von mir aus der Bertelsmann Stiftung, den Ausbildungsmonitor veröffentlicht. Darin sind ganz viele spannende Befunde. Einen Befund möchte ich hervorheben. Was man dort sieht, ist, dass in einer Situation, wo wir Fachkräftemangel haben, Menschen, die entweder keinen Schulabschluss haben oder nur einen Hauptschulabschluss oder eventuell einen schlechteren mittleren Schulabschluss, große Probleme haben, Ausbildungsplätze zu finden. Das sind genau diese eingeschränkten Lebens- und Teilhabechancen, die dann wiederum zu Ungerechtigkeitsgefühlen führen, die dann in der Folge dazu führen, dass die Leute sagen, „Was habe ich eigentlich von dieser Gesellschaft, wie behandelt die mich, wo soll ich mich eigentlich einbringen, warum soll ich Politikern vertrauen, warum soll ich politische Institutionen eigentlich unterstützen?“ Also das ist, wenn man so will,



einer der Hebel, die man anschauen muss. Viele große Herausforderungen, vor denen wir gesellschaftlich stehen, können wir – glaube ich – nur bewältigen, wenn die Unterstützung dafür breiter aufgebaut ist.

Vielen Dank.

**Vorsitzender Helmut Kleebank** (SPD): Vielen Dank, Herr Dr. Unzicker. Und ich leite direkt über zu Herrn Dr. Schneider. Bitteschön.

Sachverständiger **Dr. Ulrich Schneider** (Hauptgeschäftsführer, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V.): Auch ich darf mich für die Einladung recht herzlich bedanken. Es freut mich, in diesem Kreis Gedanken einbringen zu dürfen, wie eine nachhaltige Gesellschaft in ihrer sozialen Dimension aussieht.

Eine nachhaltige Gesellschaft ist eine Gesellschaft, die zukunftsfähig ist. Eine nachhaltige Gesellschaft ist eine Gesellschaft, die resilient bei Krisen ist. Dies hat natürlich eine soziale Dimension. Sie haben hier insbesondere den Begriff „Menschliches Wohlbefinden“ gewählt. Den fand ich in diesem Zusammenhang interessant. Nicht, weil man den Begriff so selten in der Diskussion vernimmt, sondern weil er bei näherem Nachdenken eigentlich sehr gut auf den Punkt bringt, was die soziale Dimension einer nachhaltigen Gesellschaft auszeichnen muss und – ganz platt formuliert – dass alle in dieser Gesellschaft gut und gerne leben können. Das tun sie, indem sie sich wohlfühlen. Dabei ist die Frage: Wann fühlt ein Mensch sich wohl? Das heißt, eine nachhaltige Gesellschaft hat, wenn wir dieser Frage nachgehen, außerordentlich viel mit dem Menschenbild zu tun, das wir unseren Überlegungen zugrunde legen. Wenn man der Wissenschaft folgt, sei es bei den vielen psychologischen Richtungen, sei es in der Glücksforschung, die sich sehr intensiv mit der Frage befasst hat, wann ein Mensch glücklich ist, wann er das höchste Stadium von Wohlfühlen erreicht hat, dann sind das eigentlich immer drei bis vier seltene Grundbedürfnisse, die auftauchen und die befriedigt sein müssen, damit ein Mensch sich wohlfühlen kann, damit er sich als Mensch erlebt.

Das erste Grundbedürfnis, das überrascht nicht, ist ein Bedürfnis nach Sicherheit. Ein ganz

wichtiges Grundbedürfnis in dem Zusammenhang ist auch die Nahrung. Das stellt man bereits bei Säuglingen fest. Wenn ein Kind auf die Welt kommt, was sind die ersten Artikulationen? Die kommen dann, wenn Hunger da ist. Hunger bei einem Baby, der nicht gestillt wird, kann dann bei diesem Säugling tatsächlich Todesängste auslösen. Und das prägt. Der Prozess der Abnabelung, wie wir aus der Psychologie wissen, prägt das gesamte Leben. Das bedeutet, dass diese Grundbedürfnisse nicht nur gestillt werden, sondern dass man die Sicherheit hat, dass sie auch in Zukunft gestillt werden. Wenn das nicht der Fall ist, wie im Moment bei zwei Millionen Menschen, die zur „Tafel“ gehen, wo Menschen tatsächlich Sorge haben, ob sie noch die Lebensmittelkosten für ihre Familie stemmen können, dann ist das nicht ein bisschen Ängstlichkeit, sondern es betrifft eines dieser Grundbedürfnisse.

Ein anderes Grundbedürfnis ist „Wohnen“. Nicht, weil Häuser so schön sind, sondern weil „Wohnen“ in der Lage ist, eine ganze Reihe weiterer Grundbedürfnisse zu befrieden. Das wichtigste ist das Gefühl der Sicherheit, dass man nachts ein Auge schließen kann und weiß, da kommt keiner vorbei, der mir was tut. Das ist schlechthin das Schlimmste an der Obdachlosigkeit. Schlafen im Freien hat viele sehr schlimme Aspekte. Aber der schlimmste Aspekt, wenn man sich mit Obdachlosen unterhält, ist die Angst, dass einem im Schlaf Gewalt angetan werden kann, weil man nicht geschützt ist. Die Schutzfunktion der Wohnung ist ungeheuer wichtig. Genauso wichtig beim Thema „Wohnung“ ist der Hygieneaspekt. Eine Wohnung ohne vernünftige hygienische Bedingungen ist keine Wohnung. Das erleben wir häufig bei den Sammelunterkünften, wenn zehn, 15 Menschen sich eine Dusche teilen sollen, dann ist mit Hygiene Schluss. Dann ist dieses Grundbedürfnis nicht mehr gegeben.

Weitere Punkte sind, wenn wir von diesen Grundbedürfnissen sprechen, „Wohnung“, „Ernährung“, dann natürlich „Kleidung“. Das spielt in Deutschland aber nicht unbedingt die Rolle. In der Regel kann man sich in Deutschland kleiden – nicht Markenkleidung, aber mittlerweile gibt es erheblich viele Möglichkeiten, sich vernünftig zu kleiden, sagen wir es mal so.



Problematisch ist Kleidung bei Kindern, aber die nehmen es in der Regel auch nicht so wahr. Kinder, die im Wachstum sind, brauchen bedauerlicherweise sehr viel Kleidung. Da hapert es im Moment bei vielen Familien ganz extrem. Das zieht dann häufig eine Armut- bzw. Konsumkultur mit sich, wenn man sich nur die Stadtteile anschaut. Dort sind dann sehr viele Second-Hand-Läden für alle möglichen Altersgruppen. Es wird auch sehr viel getan mit Kinderbasaren usw., aber die finden interessanterweise vor allen Dingen dort statt, wo ohnehin sehr viel wohlhabende Menschen leben. Untereinander machen die ihre Basare, Pfarrgemeinden usw. Dort wo unterprivilegierte Bezirke sind, findet man wenige dieser Angebote. Auch das ist beim Kindesalter zumindest nicht selbstverständlich. Das zu den „Grundbedürfnissen“.

Bleiben wir noch kurz bei „Wohnung“. Noch ein Punkt, weil der wirklich wichtig ist. Wenn wir eine nachhaltige Gesellschaft schaffen sollen, die menschliche Grundbedürfnisse stillt, ist es wichtig, dass wir heutzutage das Wohnungsthema ganz oben auf die Agenda setzen. Ich habe mir, bevor ich heute zu Ihnen gekommen bin, noch mal angeschaut, was mittlerweile Menschen von ihrem Budget für „Wohnen“ ausgeben. Das ist im Durchschnitt gar nicht so schlimm, das sind im Durchschnitt 25,9 Prozent pro Haushalt. Aber das splittet sich extrem auf. Bei den einkommensschwächeren Haushalten sind das im Schnitt 49 Prozent. Bei Single-Haushalten im einkommensschwachen Sektor werden etwa 58 Prozent nur für „Wohnen“ ausgegeben. Bei Alleinerziehenden sind es 47 Prozent ihres Einkommens, nur für „Wohnen“. Das heißt, wir haben mittlerweile die Situation erreicht, dass viele Menschen nicht mehr wissen, wie sie Mietsteigerungen noch auffangen sollen. Und diese Zahlen sind aus dem Jahr 2019, d. h., bevor die Energiekrise losging und bevor die Preissteigerungen im Bereich der Energie zuschlugen. Diese Zahlen werden, wenn wir die Statistiken fürs letzte Jahr vorliegen haben, noch mal erheblich hochgehen. Das heißt, die Mieten „fressen“ im Moment den Menschen im niedrigen Einkommenssektor über die Hälfte des Einkommens weg. Und das macht Angst. Nicht nur, dass man sich extrem einschränken muss, sondern es macht auch Angst.

Wir haben bei der Corona-Krise erfahren, wie überbelegt viele Wohnungen sind. Das war ein Punkt, den wir alle zusammen so gar nicht auf dem Schirm hatten. In der Corona-Krise wurde plötzlich deutlich, dass keine Möglichkeit für die Kinder bestand, Hausaufgaben zu machen. Diese fanden auf viel zu engem Raum statt. Wir haben festgestellt, dass gerade in unterprivilegierten Familien wegen zu engem Raum, bei zu wenigen Hygienemöglichkeiten etc. sich Corona so entfalten konnte. Das ist der zweite Punkt: Wir haben nach wie vor ein massives Problem, was Wohnungsbedarfe von Familien angeht.

Und das Dritte, was beim Thema „Wohnen“ ein Riesenproblem in Ballungsgebieten, wie in Berlin, München und Stuttgart, ist, sind hochpreisige Wohnungen. Das Ganze, was man so verniedlichend „Gentrifizierung“ nennt, das ist Armutsvertreibung, worum es da geht, wo Menschen ihre Wohnungen verlassen müssen, weil sie die Miete nicht mehr zahlen können und wenn sie das nicht wollen, auf die Straße gesetzt werden. Und das ist etwas [...] da kann man sagen, ja gut, dann ziehen sie halt woanders hin. Wir sprechen hier davon, was Grundbedürfnisse sind. Ein Grundbedürfnis ist, dass man sicher ist an dem Ort, wo man gerade lebt, und dass dieser nicht bedroht ist. Das ist heute in vielen Städten so nicht mehr gegeben und führt dann letztlich auch zu dem, was wir gerade gehört haben, nämlich zu dem Empfinden, dass ich ungerecht behandelt werde.

Der zweite Aspekt neben Sicherheit ist der der Teilhabe. Da sind wir dann bei den von Ihnen schon angesprochenen Armutszahlen. Es ist ein Grundbedürfnis. Der Mensch ist ein soziales Wesen, ob er will oder nicht. Er wächst so auf. Keiner kann ohne die Erfüllung dieser Bedürfnisse leben. Das haben wir auch bei Corona wieder gelernt. Wir brauchen die Zugehörigkeit zu der Gesellschaft als Gefühl. Und das hat zwei Aspekte. Zum einen, dass ich nicht abgelehnt werden will. Das ist ganz wichtig. Insbesondere, wenn ich in einer Gesellschaft lebe, wo ich das Gefühl habe, ich werde abgelehnt, weil ich eine andere Hautfarbe habe, weil ich nicht der sexuellen Norm entspreche, weil ich ein Leben führe, was überhaupt nicht der Norm entspricht, weil ich vielleicht auch einfach arm oder arbeitslos bin, weil ich das Gefühl habe, ich werde





abgelehnt. Ist das nicht ein bisschen schädlich? Dabei wird ein Grundbedürfnis verletzt. Und darunter leiden Menschen erheblich. Und Teilhabe heißt aber auch, ich muss bezüglich der Ressourcen die Möglichkeit haben, auch teilhaben zu können. Selbst wenn ich nicht abgelehnt werde, darf ich faktisch nicht das Gefühl haben, ich gehöre nicht dazu. Ich kann mir die ganzen Beispiele an dieser Stelle schenken. Die kennen Sie ja alle. Wenn bei Schulausflügen immer die gleichen Kinder angeblich krank werden, wo einfach die Ressource nicht da ist. Genauso, wenn Theaterbesuche anstehen, wenn Kinder plötzlich aus dem Fußballverein abgemeldet werden, weil die Eltern die Turniere gar nicht mehr bezahlen können usw. usw. Das ist faktische Ausgrenzung. Die Ausgrenzung hat in einer Gesellschaft wie unserer, wo es hauptsächlich ums Geld geht, wo man sich erkaufen muss, wo man wirklich nichts geschenkt kriegt und wo öffentliche Infrastruktur nicht in dem Maße steht, dass man Gratisangebote machen könnte, letztendlich mit Geld zu tun. Und deswegen lautet ja die nicht ganz völlig unbekannte Forderung des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands: Wir müssen bei den Grundsicherungsleistungen schnellstens nachlegen, denn diese Menschen müssen aus ihrer Existenzangst geholt werden, aus ihrer Angst, nie mehr dazu zu gehören.

Und damit komme ich zu meinem dritten Punkt – dann bin ich auch durch. Es geht dabei um „Kontrolle“. Das Dritte, was Menschen haben wollen, und wenn man es ihnen nimmt, macht es sie krank, ist das Gefühl, ihr Leben wenigstens halbwegs kontrollieren zu können. Wir wissen aus der Psychologie, dass es der Stressfaktor schlechthin hin ist, wenn Menschen sagen, ich beherrsche meine Umgebung nicht mehr, ich beherrsche mein Leben nicht mehr, ich bin irgendwelchen Instanzen ausgeliefert. Das hat sehr viel zu tun mit diesen Aufstiegsmöglichkeiten, von denen wir gerade hörten. Habe ich die Möglichkeit, mein Leben so zu gestalten, dass ich faire Aufstiegsmöglichkeiten habe? Habe ich die Chance, wenn ich mich anstrengte, auch wirklich einen bescheidenen Wohlstand zu erreichen? Problematisch wird es, wenn diese Möglichkeiten beim Einzelnen nicht mehr da sind oder er die Kontrolle nicht hat, weil er sich nur von befristeten Jobs zu befristeten Jobs hangelt, wo er die Kontrolle nicht mehr hat, weil

er von Amt zu Amt gehen muss und hin und her geschickt wird, überhaupt nicht durchschaut, was man da auf den Formularen von ihm will. Wo sich das häuft. Und das haben wir gerade bei unterprivilegierten Menschen. Dort wird ebenfalls ein Grundbedürfnis nicht mehr gestillt. Und wenn man sich alles zusammen anschaut, dann kommt man genau zu den Ergebnissen, die die einen oder anderen aus der Studie des Prager-Eltern-Kind-Programms (PEKiP) kennen. Dabei wurde in der außerordentlich umfangreichen Studien nachgewiesen, dass, wenn diese drei Dinge, die ich aufgelistet habe, nicht erreicht werden, eine ganze Gesellschaft darunter leidet. Dann hat man mehr gesundheitliche Probleme in der Bevölkerung. Man hat deutlich mehr Straffälligkeit in der Bevölkerung. Man hat wesentlich mehr soziale Probleme in der Bevölkerung. Dabei geht es um ungewollte frühzeitige Schwangerschaften, bis hin zu Einsamkeit im Alter usw. usw.

Die Gesellschaften, die in der Lage sind, hier Bedürfnisse zu stillen – Skandinavien ist da ganz weit vorne –, die einfach wesentlich besser den empirischen Gegensatz zeigen, sind auch diejenigen die weniger Folgeproblemen und finanziellen Folgekosten haben, die hieraus erwachsen können. Das kann man – glaube ich – mittlerweile als empirisch nachgewiesen betrachten.

„Nachhaltige Gesellschaft“ heißt, dass wir Grundbedürfnisse der Menschen dort stillen, wo sie es selber nicht können; und dass wir deshalb eine kohärentere Gesellschaft schaffen, die dann am Ende auch resilienter ist. Die Hebel dafür sind – glaube ich – „Wohnen“ bzw. eine anspruchsvolle Wohnpolitik, die Sicherheit schafft, aber auch Ressourcenverteilung im Sinne von Arbeitsmarkt und Lohnpolitik. Dies beinhaltet aber auch die Politik über Transferleistungen, wo Menschen nicht die Möglichkeit haben, Erwerbseinkommen zu erzielen; und letztlich die Altersversorgung. Das sind die großen Blöcke. Ich glaube, nichts kann Menschen mehr Angst machen, als wenn sie Angst haben, im Alter nicht klarzukommen; also wenn sie Angst haben, im Alter zu verarmen und nach einem harten Leben mit nichts dazustehen. Ich glaube, das ist das Schlimmste, was letztlich auch zu Ungerechtigkeitsempfinden,



Kontrollverlustempfinden etc. führt. Und deswegen halte ich nach wie vor die Rente für das Herzstück unseres Sozialstaates. Danke.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Ein herzliches Dankeschön Ihnen beiden. Wie zu erwarten war, ist es ein ganzes Spektrum an Themen, die hier jetzt zur Debatte stehen, so dass wir auch schon in die erste Fragerunde einsteigen können. Ich selber halte mich, das sind Sie ja von mir gewohnt, mit eigenen Fragen erst mal zurück. Vielleicht mache das nachher. Ich sehe jetzt Frau Aeffner, Herrn Echeverria, Herrn Riexinger, Herrn Dr. Kraft, Herrn Schreiner und Herrn Teutrine. Wir machen es in der Reihenfolge. Wie besprochen, schauen Sie dann, wo Sie entsprechend antworten können. Bitteschön.

Abg. **Stephanie Aeffner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank für die beiden Vorträge. Ich finde, auch in der Zusammenschau sind da spannende Aspekte drin.

Herr Dr. Unzicker, Sie haben ja auch die Beobachtungen des gesellschaftlichen Zusammenhaltes in Baden-Württemberg angesprochen. In diesen Untersuchungen wurde deutlich, dass Menschen sich allgemein Sorgen gemacht haben. Wenn sie auf ihr eigenes Umfeld schauten, haben sie gesagt „Bei mir, da wo ich lebe, ist es eigentlich ganz gut“. Und das hat sich in der Pandemie dramatisch verändert. Gleichzeitig kommen aus Baden-Württemberg Signale, das ist meine Beobachtung, dass gerade in der Pandemie tatsächlich Unsicherheitsfaktoren bestehen, negative Beurteilungen bis hin zum Abwenden von der Demokratie. Dieses Thema ist eben auch in gesellschaftlichen Schichten vorge drungen, die eigentlich gar nicht existenziell in ihren Grundbedürfnissen bedroht sind und bei denen man eigentlich sagen würde, dass es denen ganz gut geht. Wenn wir uns auf der anderen Seite anschauen, was Menschen für ein Sicherheitsbedürfnis haben und was sie brauchen, sind wir natürlich jetzt in einer Situation, wo Krisen sich potenzieren, wo diese immer mehr Unsicherheit erzeugen. Wie kriegen wir denn, und die Frage richtet sich an beide, eine gesellschaftliche Debatte hin, wo ich quasi vielleicht auch ein Teil einer Gesellschaft bin, der mehr Gewicht hat in der politischen Debatte und der sagt, „Ja, cool, ich bin da oben angekommen.

Alles ist super, und Leistung muss sich mehr lohnen“. Wie kriegen wir eine Debatte hin, die auch, um „Demokratie“ wirklich zu stärken, dies ernst nimmt und nicht erst in dem Moment, wo es darum geht, wem es vielleicht schlecht in unserer Gesellschaft geht? Welche Sicherheitsbedürfnisse brauchen wir dann doch wieder, wenn Stereotype und Zuschreibungen hervorgeholt werden, die letztlich auf beiden Seiten zu einer Entsolidarisierung in der Gesellschaft führen? Gerade auch vor dem Hintergrund, wie sich die Bewertung von gesellschaftlichem Zusammenhalt in der Pandemie und in den vielen Krisen der letzten zwei, drei Jahre verändert hat.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Vielen Dank. Ich erinnere nur daran, dass wir uns für die Formulierung von Fragestellungen auf etwa zwei Minuten Redezeit verständigt hatten. Bitte, Herr Echeverria.

Abg. **Axel Echeverria (SPD):** Dann versuche ich mal, etwas Zeit herauszuholen. Erst mal herzlichen Dank an Sie beide für die interessanten Vorträge, die mehr übereinstimmen, als ich am Anfang gedacht hätte. Ich habe da schon Parallelen zwischen Ihnen gesehen. Die bestehen ja bei „Leistung und Sicherheit“, wenn man es mal auf den Punkt bringt. Die erste Frage wäre noch an Sie beide. Wenn ich arbeiten gehe, d. h. Leistung erbringe, aber diese Leistung verdammt schlecht bezahlt wird, ich dadurch auch die Teilhabe nicht habe, weil ich halt für verhältnismäßig geringen Lohn viel arbeiten muss. Ist das nicht die Frage, [Zuruf FDP].

Abg. **Jens Teutrine (FDP):** ... oder viel Steuern oder Abgaben

Abg. **Axel Echeverria (SPD):** Ja, das geht auch, aber da bleibt im Vergleich meistens viel übrig. Wenn Sie dann diese Situation haben, führt das nicht letztlich dazu, dass man an diesen Leistungsgedanken dann irgendwann auch nicht mehr glaubt?

Zweite Frage: Der Sozialstaat ist ja ein Stück weit Absicherungsversprechen. Das ist ja der Kern des Sozialstaates, dass im Notfall ein Netz da ist, das einen dann auffängt. Wenn ich jetzt aber an Herrn Schneider anknüpfe, haben wir eine Situation, bei der vielen Leuten irgendwann bei Leistungen nach dem Ersten Buch Sozialgesetzbuch (SGB I) landen, weil sie aus irgendeinem Grund arbeitslos



werden und dann kein Arbeitslosengeld in vollem Umfang bekommen, sondern zwei Drittel direkt im Jobcenter landen, weil sie „Aufstockerinnen“ bzw. „Aufstocker“ sind, weil sie nicht viel verdient haben.

Mein zweiter Punkt ist, dass man am Ende, wenn man so eine Erwerbsbiografie hat und in eine Rente eingezahlt hat, die letztendlich nicht armutsdeckend im Alter ist. Das heißt, ich zahle in eine Versicherung ein, die mir nicht das gibt, um armutsdeckend zu leben, und das lässt doch letztendlich den Glauben an den Sozialstaat schwinden. Dadurch erfolgt doch auch eine Abkopplung von der Gesellschaft und eine gesellschaftliche Spaltung. Oder würden Sie das anders sehen?

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):**  
Dankeschön. Herr Riexinger.

Abg. **Bernd Riexinger (DIE LINKE.):** Von meiner Seite aus auch vielen Dank für beide Vorträge.

Ich hätte an beide Referenten unterschiedliche Fragen. Erst mal an Ulrich Schneider. Wir haben jetzt wieder den Bericht gehört, dass vom gesellschaftlichen Reichtumszuwachs 82 Prozent an das reichste eine Prozent der Bevölkerung gegangen sind. Das heißt, wir haben ja nicht das Problem, dass wir nicht genug hätten, sondern dass wir offensichtlich strukturell inzwischen so aufgestellt sind, dass es sehr ungerecht verteilt ist. Und dass wir, egal wie lange wir das jetzt schon diskutieren, keinen Schritt weiterkommen, wo es zu einer gerechteren Verteilung kommt, sondern man hat eher das Gefühl, dass es weiter ungerechter wird. Da würde mich schon noch mal interessieren, was es da für eine Erklärung gibt. Die gleichen Parteien, die jetzt in der Regierung sind, beschweren sich zwar auch darüber, aber sie sind nicht bereit, irgendwo eine gerechtere Verteilung des Reichtums anzugehen. Niemand hat den Mut, weder die Sozialdemokraten noch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die FDP und die CDU/CSU wollen es auch nicht.

An Herrn Dr. Unzicker hätte ich folgende Frage. Was mich ein bisschen beunruhigt, ist Ihre These, dass die, die „unten“ sind und das Empfinden haben, nicht sozialgerecht behandelt zu werden, die weniger Bereitschaft zeigen, sich praktisch für grundsätzliche Zukunftsfragen einzusetzen. Alles, was längerfristig ist, braucht auch eine Änderung

der Politik. Das muss einem ja in hohem Maße beunruhigen, dass praktisch das Vertrauen in die eigene Kraft, auch wenn man sich organisieren oder solidarisieren will, dort am geringsten ist, wo die Probleme eigentlich am größten sind.

Vielleicht noch eine kurze Nachfrage zu Ihrem Ansatz in Bezug auf die Bildung. Können Sie sich erklären, warum wir dort seit 30 Jahren keinerlei Fortschritte erzielen? Die Abhängigkeit der Bildungslaufbahn von der sozialen Zugehörigkeit ist gleich geblieben. Dies hat sich sogar verschärft. Alle wissen eigentlich, wie es gehen würde. Trotzdem wird es nicht gemacht. Man weiß von anderen Ländern, insbesondere von den nordischen Ländern, wie es geht. Trotzdem passiert nichts.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):**  
Dankeschön, Herr Riexinger. Herr Dr. Kraft als Nächstes.

Abg. **Dr. Rainer Kraft (AfD):** Vielen Dank. Das ist auch gut, dass ich nach dem Kollegen Riexinger komme. Ich habe nämlich eine andere Auffassung [Zuruf DIE LINKE.].

Abg. **Bernd Riexinger (DIE LINKE.):** [...].

Abg. **Dr. Rainer Kraft (AfD):** Lassen Sie mich erst einmal ausreden. Vielleicht können Sie im Grunde zustimmen. Ich glaube, dem Personenkreis, der hier umrissen worden ist, geht es nicht vordringlich um Gerechtigkeit. Es geht ihm vordringlich darum, dass seine eigenen Bedürfnisse besser erfüllt werden und er einen besseren Lebensstandard hat. Daher kommen wir zu einem Punkt, nämlich zur Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung, der mir im Jahr 2019, als ich persönlich in New York war, dort eklatant aufgefallen ist, nämlich dem sogenannten „Kampf gegen die Ungerechtigkeit“.

Das klingt gut, aber wie schaut es real aus? Es schaut real so aus, dass die Leute das Gefühl haben: Die da „oben“ und wir hier „unten“. Etwas hier „unten“ zu machen, ist mehr Arbeit. Daher ist es schwierig, einfach etwas von denen da „oben“ wegzunehmen. Okay, das ist dann wunderbar und der entsprechende Indikator ist erfüllt. Die Ungerechtigkeit wurde ein wenig bekämpft. Die hier „unten“ haben aber nichts davon. Die sind noch genau da, wo sie vorher waren. Aber es erfüllt vordringlich die Erreichung des Ziels der



Indikatoren, sei es die der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie oder die der Vereinten Nationen. Meine Bemerkung hierzu: Das, was da „oben“ passiert, da sollte der Staat keinen Euro dafür verschwenden, um sich um diese Leute zu kümmern. Die können das offensichtlich selber. Um die muss man sich keinerlei Gedanken machen. Ziel muss es sein, dass man die Menschen, die hier „unten“ sind, die große Menge, einen Schritt nach „oben“ bringt. Dann haben die Leute wirklich etwas davon. Wie ungerecht es ist, mit denen da „oben“ [...], das ist den Leuten hier „unten“ meines Erachtens tatsächlich egal. Die sind froh, wenn es für sie einen besseren Zustand gibt. Die schauen auf sich selbst, auf ihr eigenes Leben und nicht auf die anderen da „oben“, die Superreichen oder was auch immer. Daher vor allem an Herrn Dr. Unzicker meine Frage, weil Sie es auch gesagt hatten: Wo ist denn eigentlich der Sinn bei der Bekämpfung der Ungerechtigkeit, wie sie in der jeweiligen Nachhaltigkeitsstrategie – sei es die Deutsche oder die Nachhaltigkeitsstrategie der Vereinten Nationen – immer vorgelebt wird? Welchen Sinn soll es haben, nur den prozentualen Ansatz zwischen den Oberen und Unteren zu bekämpfen, wenn man nicht effektiv dafür kämpft, für die unteren Leute das Leben besser zu machen und zu sagen, „Um die muss man sich nicht kümmern. Die können alle selber auf ihr Leben aufpassen.“ Ob sie es geerbt haben oder erarbeitet, ist egal. Aber es geht darum, dass man für die Unteren das Ganze ein bisschen besser macht. Und dabei ist es den Leuten da „unten“ auch egal, ob es gerecht ist oder nicht.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):**  
Danke schön, Herr Dr. Kraft. Als Nächstes habe ich Herrn Schreiner.

Abg. **Felix Schreiner (CDU/CSU):** Wir sind ja immer noch der Nachhaltigkeitsbeirat, also immer noch beim Thema „Nachhaltigkeit“. Was Sie, Herr Dr. Unzicker, mit der Chancengerechtigkeit gesagt haben, gerade bei den jungen Leuten und wenn es dann um Ausbildungsversprechen oder so etwas geht, hat mich umgetrieben. Ich war bei zwei Neujahrsempfängen von der Handwerkskammer und der Industrie- und Handelskammer (IHK) in Konstanz eingeladen. Ich erzähle Ihnen jetzt nichts, um Ihnen etwas „aus dem Leben zu erzählen“, sondern die Handwerkskammer sagt,

450 Ausbildungsstellen im Handwerkskammerbezirk können nicht besetzt werden. Es gibt keine Bewerber. Und die IHK sagt, es sind 600 Stellen im Einzelhandel. Gleichzeitig sucht das Land Baden-Württemberg, um einen Sprung zu machen, 17.500 Lehrkräfte. Und die Kultusministerin, Frau Schopper, wird wie folgt zitiert: „Wir stellen alles ein, was eine Kreide halten kann.“. Sie hat einen Brief verschickt an die sogenannten „Nicht-Erfüller“, also die, die ihr Studium abgebrochen oder nicht geschafft haben, um diesen jetzt ein Angebot zu machen für den Schuldienst. Warum sage ich Ihnen das? Ich glaube, es hat doch noch nie eine Generation so viele Chancen gehabt, wie die jetzige. Ich gehöre ja auch noch zu der, von der wir jetzt reden. Wenn du früher dein Studium im Lehramt nicht geschafft hast, bist du auch nicht Lehrer geworden. Und wenn du dich nicht für eine Ausbildungsstelle beworben hast, hast du auch keine Ausbildungsstelle bekommen. Wie erklären Sie sich das? Ich finde es zu leicht zu sagen – an dieser Stelle will jetzt einen Widerspruch aufmachen –, dass die Generation abgehängt wird und keine Chancen hat, wenn wir gleichzeitig feststellen, man bewirbt sich eigentlich für gar keine Ausbildung mehr und will vielleicht auch gar nicht diesen Teil des Ausbildungsversprechens wahrnehmen.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):**  
Danke schön. Diese Runde schließt Herr Teutrine ab.

Abg. **Jens Teutrine (FDP):** Vielen Dank für die beiden Vorträge. Sie waren ja beide, und das finde ich auch gut, erst mal auf der Analyseebene. Was ist überhaupt der Status quo? Ich glaube, es ist einfach gut, immer ein Gesamtbild zu zeigen. Deswegen möchte ich ganz zu Beginn die Indikatoren angucken, womit Menschen „Glück“ empfinden, und Sie haben ja einige genannt, Herr Schneider. Schauen wir uns diese einmal im internationalen Vergleich an und machen dabei die Zeitachse groß: Die Sterblichkeitsrate, Analphabetismus, als Kennzeichen für soziale Teilhabe, absolute Armut, Hunger, Kindersterblichkeit usw. usf. Sie könnten eigentlich fast alle Indikatoren nehmen und sich diese auf einer Zeitachse von 300 Jahren ansehen. Sie ziehen immer eine positive Bilanz. Also wenn Sie weltweit diese Zahlen nehmen, entwickeln



sich alle positiv. Das ist Fakt. Sie können auch kleinere Zeitachsen nehmen. Wenn Sie jeweils Zehn-Jahres-Schritte nehmen, habe Sie das ebenfalls. Das ist kein Widerspruch zu ihrer Analyse, sondern es ist auch Teil einer fairen Analyse. Und deswegen tue ich mich z. B. schwer mit Ihrem Armutsbericht. Nicht, weil ich Armut in Deutschland leugne, Armut gibt es in Deutschland, sondern ich habe ein Problem mit einem sozialpolitischen Diskurs, der nicht scharf in der Analyse ist. Sie haben das eben sehr schön gemacht, indem Sie das Merkmal „Armut“ definieren, ob man das erfüllt oder nicht. Das macht z. B. auch das Deutsche Institut für Wirtschaft (DIW). Das DIW hat neun Kriterien. Das DIW sagt dabei, wenn man eine gewisse Zahl erfüllt, dann ist man arm oder nicht. Nimmt man sich die Zahlen des DIW, hat sich die Armut in Deutschland in den letzten 20 Jahren halbiert. Also die Kriterien werden [...]. Guckt man sich Ihren Armutsbericht an, sagen Sie, dass nach Ihrer Armutsdefinition ein Drittel der Gesellschaft in Armut lebt, mit 60 Prozent des Einkommens. Da sind dann ganz viele Studierende drin usw. usf. Sie haben jetzt sogar den Spitzenwert in Ihrem Armutsbericht erreicht, weil das Statistische Bundesamt die Bewertung und die Erhebung der Daten von 2020 bis 2021 geändert hat.

Worauf will ich hinaus? Nicht, dass Ihr Armutsbericht „Kappes“ ist. Der erfüllt seinen Zweck. Nämlich erfüllt er den Zweck einer öffentlichen Debatte, wodurch auch wiederum Wahrnehmung entsteht, aber dann auch gefühlte Wahrheit. Und deswegen bin ich so ein bisschen bei beiden Vorträgen – auch bei Ihnen, Herr Unzicker. Sie sagen ja, dass das die Leute auch ein bisschen fühlen. Das hat etwas mit Wahrheit zu tun, also mit Lebensrealitäten. Aber es hat auch etwas mit Wahrnehmung zu tun. Und ich tue mich ein bisschen schwer, wenn der Diskurs da nicht ganz zielgenau ankommt.

Wenn ich mir hier in Deutschland die Zahlen ansehe: Ein Drittel Umverteilungsniveau, das Bruttoinlandsprodukt fließt in den Sozialstaat und ähnliches. Trotzdem haben wir diese besorgniserregenden Zahlen. Da läuft hier irgendwas schief. Die Antwort kann eine Vermögenssteuer sein. Die Antwort kann aber auch sein, „Na ja, vielleicht kommen ein Drittel, das ich hier umverteilen werde, nicht wirklich

an“. Vielleicht kommen das gar nicht bei den Menschen an, die es brauchen. Und daher meine Frage an Herrn Schneider: Wo würden Sie im jetzigen System bzw. im Sozialstaat sehen, dass das Geld schlecht ankommt, und wie müsste es anders gelenkt werden?

Herr Unzicker, meine Frage an Sie: Welchen Einfluss haben die öffentlichen Medien und die öffentliche Debatte bzw. der sozialpolitische Diskurs auf die Ergebnisse von Armutswahrnehmung?

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Dann bin ich ja sehr zufrieden, dass das mit zwei Fragen endete. Und das Spektrum, das wir aufgemacht haben, ist schon ziemlich weit. Umso gespannter bin ich auf die Antworten. Wer möchte von Ihnen beiden loslegen? Herr Dr. Unzicker?

Sachverständiger **Dr. Kai Unzicker** (Senior Project Manager Demokratie und Zusammenhalt, Bertelsmann Stiftung): Vielen Dank für die vielen Fragen. Ich glaube, wir könnten die nächsten drei Stunden damit verbringen.

Ich gehe jetzt mal von hinten nach vorne. Ich habe bereits am Anfang etwas über Gerechtigkeitsempfinden geredet. Das hat etwas mit Wahrnehmungen zu tun. Das hat etwas damit zu tun, was die Menschen überhaupt über Verteilung wissen und wie sie das einschätzen. Tatsächlich ist es so, dass Menschen Ungleichheit unterschätzen. Es ist jetzt nicht so, dass die Leute das Gefühl haben, die Ungleichheit, gerade beispielsweise die Vermögensungleichheit, die würde dramatisch überschätzt. Im Gegenteil, die wird von allen unterschätzt. Wir haben ein Umfrageexperiment gemacht. Da wurden die Leute als allererstes gefragt, „Was wissen Sie eigentlich darüber, wie sich bestimmte Dinge verteilen?“ Die Befragten haben entsprechende Informationen bekommen. Die eine Gruppe hat die Informationen bekommen, die andere nicht. Danach wurden die Gruppen befragt. Dabei gab es teilweise sehr paradoxe Effekte. Das heißt also, Menschen, die erfahren, dass die Ungleichheiten noch viel größer sind, reagieren darauf, indem sie sagen, „Na ja, aber dann müssen diese ja erst recht gerechtfertigt sein“. Das heißt, man kommt in das Dilemma, dass man seine eigenen Wertvorstellungen, wie die Welt aussieht, überdenken bzw. überarbeiten oder ggf. an die



Fakten anpassen muss. Informationen sind das eine. Das hilft alleine nicht, sondern es gibt wirklich eine Diskussion darüber, „Was ist eigentlich tatsächlich der Mindeststandard, den wir als gerecht finden?“ Das ist etwas, worüber man in der Öffentlichkeit stärker reden müsste und weniger über die prozentuale Verteilung. Deswegen finde ich den Ansatz gut, das über sehr konkrete Güter zu machen und zu sagen, „Wie viel Wohnraum habe ich denn eigentlich für das Geld? Oder was kann ich mir denn für mein Gehalt leisten, und wie sieht das konkret aus?“ Das ist ein wichtiger Punkt.

Einen zweiten Punkt, der hilfreich für eine konstruktive Debatte über Gerechtigkeit und Ungleichheit wäre, will ich nennen: Wenn Sie sich erinnern, habe ich Ihnen gesagt, dass sowohl Leistungs- als auch Bedarfsgerechtigkeit breit geteilte Gerechtigkeitsvorstellungen in der Bevölkerung sind. Das heißt, die meisten Menschen sind der Meinung, beides muss gegeben sein. Wir führen aber häufig Gerechtigkeits- und Ungleichheitsdebatten, bei denen beide Seiten gegeneinander ausgespielt werden. Im letzten halben Jahr gab es eine Debatte darüber, ob eine bestimmte Sozialleistung entweder einen Bedarf decken soll oder ob eine Leistung geschützt werden muss. Tatsächlich muss beides getan werden. Wenn man diese beiden Überzeugungen stark gegeneinander ausspielt, ist auf jeden Fall immer eine Seite am Ende der Auffassung, man hat verloren und man kommt nicht heraus. Ich glaube, das muss man ernst nehmen. Für den Großteil der Bevölkerung gehören diese beiden Dinge zusammen.

Herr Schreiner, zu Ihrer Ausbildungsfrage. Ich glaube, dieses Dilemma, das Sie angesprochen haben, habe ich ja ebenfalls angesprochen. Also, wir haben auf der einen Seite einen eklatanten Bedarf an Arbeitskräften und Auszubildenden. Gerade das Handwerk hat diesen Bedarf. Heute macht die Hälfte eines Jahrgangs Abitur. Bei Leuten, die jetzt sozusagen am unteren Ende der Bildungsleiter sind, fällt jetzt dort leider das Problem auf, dass die stigmatisiert werden und noch stärker dieses Gefühl haben, „Wenn ich nur einen Hauptschulabschluss habe, was kann ich dann tun?“ Und wenn sie noch nicht mal den geschafft haben, dann wird es schwierig. Ich will hier die Hauptschule gar nicht schlecht reden.

Aber faktisch ist – meine Kollegen haben das gestern auch veröffentlicht – dass der Anteil der Hauptschüler pro Jahrgang sinkt, da die Hauptschule immer weniger besucht wird. Gleichzeitig sinkt auch von denen, die einen Hauptschulabschluss haben, der Anteil, die einen Ausbildungsplatz bekommen. Das ist überproportional [Zuruf CDU/CSU].

Abg. **Ralph Brinkhaus** (CDU/CSU): [...].

**Vorsitzender Helmut Kleebank** (SPD): Herr Brinkhaus, ich notiere Sie für die nächste Runde. Einverstanden?

Sachverständiger **Dr. Kai Unzicker** (Senior Project Manager Demokratie und Zusammenhalt, Bertelsmann Stiftung): Ja, aber das ist ein überproportionaler Effekt. Es ist also nicht so, dass es einfach linear herunter geht. Deswegen meine Perspektive auf das Gerechtigkeitsempfinden. Es geht darum, dass am Ende die Leute darauf vertrauen, aus ihrem Leben etwas machen zu können. Und wenn sie dieses Vertrauen haben, dann empfinden sie auch diese Gesellschaft als gerechter. Und dazu gehört eben auch die Möglichkeit, einen Beruf zu erlernen, einen Beruf auszuüben, davon leben zu können und eine Perspektive zu haben. Dann kann ich mir auch in zehn, 20 Jahren entsprechende Dinge davon leisten.

Und das geht auch so ein bisschen in die Richtung der Ausführungen von Herrn Dr. Kraft. Ich habe ja tatsächlich über „Gerechtigkeit“ geredet, nicht über „Ungleichheit“. Jetzt zu der Frage, die Sie beschrieben haben: Na ja, ich kann „Ungleichheit“ auch dadurch verändern, indem ich einfach nur die Verhältnisse ändere, aber den Leuten da „unten“ geht es weiterhin schlecht. Deswegen würde ich tatsächlich – wie ich eben schon gesagt habe – sehr stark auf diesen Lebenschancenpunkt abzielen und sagen, die Menschen empfinden eine Gesellschaft gerecht, in der sie den Eindruck haben, dass sie ihre Lebenschancen realisieren können, indem sie eine Perspektive in die Zukunft haben. Wenn das gegeben ist, dann empfinden Menschen sozusagen auch ein Zutrauen in die Politik, dann sind sie auch bereit, sich dort einzubringen und wie das hergestellt wird, also ob das jetzt durch Umverteilung hergestellt wird, ob das durch stärkere Institutionen hergestellt wird oder durch ein gutes



Bildungssystem. Was auch immer. Das ist sozusagen eine politische Frage. Aber ich glaube, die Realisierung von Lebenschancen ist da der Schlüssel.

Zu der Frage, warum es mit der Bildung in den letzten Jahren nicht voranging: Ich bin kein Bildungsexperte. Ich weiß es nicht, Herr Riexinger, woran es scheitert. Als Vater von zwei schulpflichtigen Kindern kann ich sagen, es könnte daran liegen, dass wir im Moment z. B. auch zu wenig Lehrer haben, dass das Bildungssystem nicht richtig funktioniert. Das ist ein Problem, das besteht. Wie gesagt, hier spricht jetzt nicht der wissenschaftliche Experte, hier spricht jetzt der betroffene Vater von Schülern. Da müssen Sie – glaube ich – mal mit den Ländern drüber reden, wie wir hier koordinativ weiter kommen. Aber warum das letztendlich nicht funktioniert, ist mir auch ein Rätsel.

Dann die Frage von Herrn Echeverria. Dabei ging es darum, wenn die Leute sich anstrengen und Leistung sich am Ende lohnen soll und sie merken, es kommt dabei nichts raus, dann landen wir wieder bei den Lebenschancen. Aber es ist auch eine Frage von Vergleichen: Mit wem vergleiche ich mich eigentlich? Wir hatten eine Diskussion in der Pandemie: Was verdienen Menschen in bestimmten Berufen und werden dann plötzlich als systemrelevant eingestuft? Was verdienen andere Leute, die dann, ich nehme mich da auch mit ein, sehr entspannt im Homeoffice am Rechner arbeiten konnten? Also, der Vergleich erzeugt sozusagen die Frustration und den Zorn über die Ungerechtigkeit. Da sind wir wieder bei der Frage: Wie bewerte ich eigentlich bestimmte Leistungen? Was ist eigentlich unsere Vorstellung von Gerechtigkeit? Da geht es also nicht nur darum, irgendwie in einer Matrix „Ungleichheit“ anzupassen, sondern einfach mal wirklich darüber zu reden, warum uns Wissensarbeit mehr wert ist als Kehrarbeit. Warum ist die Arbeit, die ich mit den Händen ausführe, weniger wert als die, die ich mit dem Kopf mache? Das ist eine viel grundlegendere Debatte, die dann diese Frustration erzeugt.

Frau Aeffner, Sie hatten die Baden-Württemberg-Studie angesprochen und dabei die Frage gestellt: Wie müssen wir drüber debattieren? Das ist jetzt noch mal ein ganz anderer, ein größerer Rahmen. Dabei ist das Thema des

Gerechtigkeitsempfindens in der Studie ja nur ein kleiner Teil. Was da sehr stark auch in der Baden-Württemberg-Studie durchkam, sind zwei Elemente. Ich würde sagen, diese Studie ist nicht spezifisch für Baden-Württemberg. Wir haben sie dort durchgeführt. Wir hätten sie auch in jedem anderen Bundesland durchführen können, und die Ergebnisse wären sehr ähnlich gewesen. Also, was dabei herauskam, sind zwei Dinge. Wir haben auf der einen Seite dieses sehr starke Gefühl von politischer Verlassenheit. Die Leute haben dieses Gefühl, und zwar aus ganz unterschiedlichen Perspektiven. Das sind nicht alles irgendwelche „Corona-Leugner“ und „Verschwörungstheoretiker“ gewesen, sondern das waren Eltern, die gesagt haben, „Ich fühlte mich von der Politik oder von der Verwaltung verlassen.“ Das waren Menschen, die gesagt haben, „Ich verstehe die Regeln nicht, und ich weiß gar nicht, was ich machen soll.“ Das waren Unternehmer, die gesagt haben, „Warum muss ich jetzt hier eigentlich meinen Laden riskieren usw.“ Also dieses Gefühl, mit den eigenen Interessen und Bedürfnissen nicht gehört zu werden. Und auf der anderen Seite auch der fehlende Kontakt und die fehlenden Möglichkeiten, sich einzubringen. Wenn man so will, wird aus der Baden-Württemberg-Studie ein Punkt ganz klar und zwar der, dass mehr Beteiligungs- und Mitsprachemöglichkeiten ermöglicht werden müssen. Herr Schneider hat auch einen ganz wichtigen Punkt in seinem Impuls gebracht. Das ist das Gefühl der Ohnmacht und des Kontrollverlustes. Also dem auch zu begegnen, und den Menschen die Möglichkeit zu geben, auch selber Kontrolle über ihr Leben zu bekommen und da auf eine Politik, auf eine Verwaltung zu stoßen, die responsiv ist und die drauf reagiert.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Vielen Dank, Herr Dr. Unzicker. Herr Dr. Schneider ergänzt aus seiner Sicht.

Sachverständiger **Dr. Ulrich Schneider** (Hauptgeschäftsführer, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V.): Ich fange mal mit dem Punkt an, den Herr Echeverria angesprochen hat. Dabei ging es um die Frage von Leistungsgerechtigkeit und Löhnen. Hinter Ihrer Frage stand ja der möglicherweise eintretende Legitimationsverlust dieser Gesellschaft, wenn



wir hingehen und unser eigenes Versprechen nicht halten. Ich glaube, die meisten Menschen sind im Zuge ihrer Biografie durchaus bereit, für sehr wenig Geld zu arbeiten, nur nicht endlos. Und die meisten Menschen sind auch bereit, prekäre Beschäftigungen zu machen, befristet oder ähnlich, aber nicht endlos. Das heißt, wichtig ist, welche Perspektive erreicht wird und dass auch ein Aufstieg erreicht wird. Und wir haben in der Tat eine Reihe von Berufen, da ist das nicht mehr gegeben. Wohin soll eine Pflegekraft denn aufsteigen? Die wird bestenfalls eine Leitungsfunktion einnehmen können. Und dann war's das. Dann wird sie immer noch im Verhältnis unterdurchschnittlich in dieser Republik bezahlt werden. Das hängt natürlich ganz stark dann mit der Tarifpolitik zusammen – nicht nur mit Mindestlohn, mit dem auch, aber vor allem mit Tarifpolitik.

Mit Mindestlohn hängt etwas anderes zusammen. Das hatten Sie auch angedeutet, nämlich der Legitimationsverlust. Den halte ich für noch viel schlimmer. Es geht um den Beitritt zu unseren sozialen Sicherungssystemen. Das sind Zwangsversicherungen. Zumindest als abhängig Beschäftigter muss ich da einzahlen, ob ich will oder nicht. Sie hatten es schon angesprochen. Im Moment ist es in der Tat so, dass für nur ein Drittel aller Arbeitslosen überhaupt „Arbeitslosengeld I“ gezahlt wird. Die anderen erhalten „Harz IV“ oder auch gar nichts. Wer würde freiwillig eine Versicherung abschließen, die nur in jedem dritten Schadensfall zahlt? Das wird kein Mensch freiwillig machen. Und dann wird plötzlich der Solidaritätsgedanke nach vorne geschoben. Damit werden u. a. operative Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit finanziert. Aber das ist den Menschen unter dem Sicherheitsaspekt erst mal egal. Die wollen, dass eine Versicherung dann auch so viel zahlt, dass man über den Monat kommt. Das ist auch der Grund, warum wir als Paritätischer Wohlfahrtsverband uns schon lange für ein Mindestarbeitslosengeld einsetzen für die, die die Ansprüche auf „Arbeitslosengeld I“ erworben haben.

Das Gleiche haben wir in der Rente. Das ist eine Zwangsversicherung, in die von Arbeitnehmern und Arbeitgebern eingezahlt werden muss. Und viele können sich jetzt schon ausrechnen, je

nachdem in welchem Beruf sie sind und was sie verdienen, dass sie nicht in der Lage sein werden, trotz dieser Versicherung nicht zum Sozialamt gehen zu müssen, um sich die Altersgrundsicherung abzuholen. Wenn ich das ein Leben lang weiß, welche Legitimation hat denn um Himmels Willen dann noch diese Rente bei diesen Menschen? Dann muss ich mich nicht wundern, dass hier eine Institution extreme Kritik zu hören bekommt und in Folge dann ein Legitimationsverlust entsteht. Die Leute sagen, „Ich kriege ja da sowieso nichts heraus. Was soll das Ganze?“ Und wenn wir dann politische Dinge sagen, wie „Du musst aber trotzdem einzahlen, alles andere wäre unfair usw.“, dann zeigen wir nur, wie weit wir von den Menschen letztlich weg sind. Wir brauchen soziale Sicherungssysteme, die Armut verhindern, sonst kommen wir letztlich nicht über die Runde. Die Menschen kommen [Zuruf CDU/CSU].

Abg. **Ralph Brinkhaus** (CDU/CSU): [...].

**Vorsitzender Helmut Kleebank** (SPD): Entschuldigung, Herr Dr. Schneider, eine Sekunde. Also ich würde Sie wirklich bitten, die Contenance zu wahren. Es hilft uns nicht weiter [Zuruf CDU/CSU].

Abg. **Ralph Brinkhaus** (CDU/CSU): [...].

**Vorsitzender Helmut Kleebank** (SPD): Ja, Sie sind auch gleich dran. Dann können Sie das aus Ihrer Sicht alles kommentieren. Das ist ein Gebot der Höflichkeit.

Sachverständiger **Dr. Ulrich Schneider** (Hauptgeschäftsführer, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V.): Wir haben im Moment 600.000 Menschen in der Altersgrundsicherung. Wer sich in der Altersgrundsicherung befindet, und davon sind über ein Drittel Rentnerinnen und Rentner, dann bedeutet dies lebenslänglich Altersgrundsicherung für die Betroffenen. Das monatliche Einkommen reicht einfach nicht aus. Nach allen Untersuchungen geht man davon, dass die Gruppe derer, die einen Anspruch haben, den aber nicht geltend machen, noch mal 600.000 Menschen sind. Das bedeutet, dass wir über 1,2 Millionen Menschen haben, die unter Sozialhilfeniveau leben. Das ist einfach Fakt. Da kann man sich aufregen oder es lassen, aber es ist ein Fakt.





Wir haben mittlerweile eine Altersarmutsquote, die überproportional ist. Das war Jahrzehnte lang nicht der Fall. Wir haben seit drei, vier Jahren erstmalig überproportional viel alte Menschen in Armut. Wir haben im Moment einen Schnitt von 16,6 Prozent. Bei den alten Menschen liegt der mittlerweile deutlich höher. Und da sind die Beamten noch mit drin. Die sind nicht herausgerechnet. Wenn man nur die Anzahl der Rentner berücksichtigen würde, wäre die Altersarmutsquote noch höher. Das ist einfach ein Fakt, den man zur Kenntnis nehmen muss. Noch ein Hinweis bezüglich der Altersarmutsquote. Ich halte diese 60-Prozent-Rechnung für die Überlegenere im Vergleich zu dem, was in EU-SILC gemacht wird, wo man eine Kategorie nimmt. Was wird da abgefragt? Hat jemand dreimal in der Woche ein warmes Essen? Hat jemand einen Fernseher zu Hause? Hat jemand dies, hat jemand das? Man hat diese Indikatoren entwickelt, um internationale Vergleiche in Europa anstellen zu können. Also d.h., wenn ich Deutschland mit Rumänien vergleiche, hilft mir die 60-Prozent-Schwelle nicht. Man hat gesagt, „Okay, jetzt brauchen wir harte Fakten“, mit denen Länder wie Bulgarien und so weiter gemessen werden, um dann herauszukriegen, wie es dort aussieht. Das kann ich dann wieder mit Deutschland vergleichen. Dafür ist die DIW-Statistik da, und dafür ist sie sehr gut. Wenn ich damit in Deutschland „Armut“ messe, hilft die mir aber überhaupt nicht weiter. Also was soll denn die Frage: „Hat jemand dreimal in der Woche eine vollwertige Mahlzeit mit Fleisch oder Ersatz?“ Also das kann es ja heutzutage nicht mehr sein. Die Fragestellungen sind ein bisschen schwierig. Daher stehe ich nach wie vor dazu: 60 Prozent im Median. Das ist wirklich nach wie vor ein gutes Mittel, um Armut einzufangen, um Einkommensungleichheit am unteren Ende einzufangen, also dort, wo die Grenzen so tief sind, dass Menschen nicht mehr teilhaben können. Das ist einfach Fakt. Und deswegen halte ich die Methode für überlegen.

Das andere war das Thema „Vermögensverteilung“. Sie haben gesagt, dieser Aspekt werde noch unterschätzt, weil sich das keiner mehr vorstellen kann, dass so wenige Menschen so viel Vermögen anhäufen können. Vor der Vermögensverteilung steht Einkommen. Einkommen entweder aus Erwerbstätigkeit oder

Einkommen aus Nichterwerbstätigkeit, sprich Kapitaleinkünfte. Man muss feststellen, dass die Vermögensungleichheit der Einkommensungleichheit folgt. Seit dem Jahr 2000 hatten wir im obersten Dezil einen Zugewinn an Realeinkommen, das lag bei etwa 24 Prozent. Im untersten Dezil ist das knapp unter null. Das bedeutet einen Realeinkommensverlust seit dem Jahr 2000. Und das ist die Spreizung, mit der wir es auch zu tun haben. Darüber kann man sich aufregen, man kann es aber auch lassen. Aber so ist es.

Wenn wir über eine nachhaltige Gesellschaft sprechen, dann braucht sie ein gewisses Maß an Gleichheit. Zumindest hält sie ein unendliches Maß an Ungleichheit nicht aus. Und das heißt, wenn wir über Vermögensverteilung sprechen, die extrem ist, müssen wir über Einkommensvorteile sprechen. Und dann sind wir in der Tat bei Lohnpolitik, dann sind wir in der Tat bei Transferleistungen. Eine Frage lautete: „Wo geht da Geld hin, wo wird es verpulvert? Wie kann es sein, dass gar nichts ankommt?“ Ich denke, wir haben in letzter Zeit aus unserer Sicht genügend Beispiele erlebt, wo in der Tat Geld falsch ausgegeben wurde, nämlich bei den Entlastungsprogrammen. Wir müssen feststellen, dass von den steuerlichen Dingen, die da reingerechnet wurden, nach Berechnungen des DIW 70 Prozent der Mittel bei den 30 Prozent der Wohlhabenden gelandet sind. Vor diesem Hintergrund fragt man sich: War das nötig? Und das fragen wir uns auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten: Ist das wirklich vernünftig ausgegebenes Geld? Vom ersten Entlastungspaket mit einem Volumen für die Privathaushalte in Höhe von 23 Milliarden Euro ist der allergrößte Teil einkommensproportional letztlich verausgabt worden, weil Dinge wie Tankrabbatt, Abschaffung der sogenannten EEG-Umlage etc. natürlich den Haushalten am meisten zugutekommen, die ohnehin am meisten haben, weil sie den größten Verbrauch haben und sich den Verbrauch auch leisten können. Das wäre meine Antwort darauf, wo unserer Ansicht nach Mittel einfach wirklich falsch ausgegeben werden, denn dann fehlt einem letztlich das Geld, um das zu realisieren, was man eben „Solidarität“ nennt.

Dazu zwei kurze Punkte. Das eine ist: Wie kriegt man eine Debatte hin, die Solidarität erzeugt? Was



steht hinter der Frage? Eine solche Debatte kriegt man nur hin, indem auf jegliches „Bashing“ verzichtet wird, indem man wirklich Zuschreibungen unterlässt. Wenn ich z. B. – ich will „Hartz IV“ noch mal als Beispiel nehmen – so tue, als könnten die Bezieher von „Hartz IV“ alle arbeiten, es an Realitäten vorbeigeht. Und da sollte man sich mit den Menschen auch auseinandersetzen. Wir haben bei den Beziehern von „Hartz IV“ Hunderttausende, die ihre Partner oder Eltern pflegen, die dem Arbeitsmarkt überhaupt nicht zur Verfügung stehen. Wir haben in „Hartz IV“ Hunderttausende mit ganz kleinen Kindern – ein, zwei Jahre alt –, die stehen nicht zur Verfügung. Und wir haben in „Hartz IV“ Hunderttausende, die können wirklich nur drei Stunden arbeiten, gelten aber deshalb als erwerbsfähig. Und wir wissen alle, dass wir die faktisch nicht vermittelt bekommen. Es gibt Regionen, wo ich keinen vermittelt bekomme, der am Tag nur drei Stunden arbeiten kann, psychisch-chronisch krank ist oder auch körperliche Gebrechen hat. Dabei sollten wir ehrlich sein. Wenn wir differenziert mit den Problemen umgehen und wirklich die Fakten so benennen, wie sie sind, dann kriegen wir auch eine Debatte hin, die Solidarität erzeugt und nicht Vorurteile aktiviert, wie das in letzter Zeit passiert ist.

Zu „Gerechtigkeit“ ein ganz kleines Wort. Als Pädagoge, der ich ja bin, habe ich mich immer auch stark damit beschäftigen müssen, wie beim Mensch eigentlich Norme und Werte entstehen. Gerechtigkeit, das war für mich immer beeindruckend, das kennt jeder, der Kinder hat. Für Kinder, die man zu Hause hat – kleine Kinder – ist alles ungerecht, wenn nicht alles völlig gleich verteilt wird. Wenn der eine mehr kriegt als der andere, ist ein Geschrei los. Wenn das jüngere Kind ein bisschen früher ins Bett soll als das ältere Kind, dann ist ein Geschrei los. Es ist ein Gefühl, das als ungerecht empfunden wird. Da kann man etwas machen oder auch nicht. Was machen wir dann als Pädagogen? Wir erklären den Betroffenen, warum das gar nicht ungerecht ist, und wir begründen dann die Ungleichheit. „Der ist halt älter als Du, der braucht nicht mehr so viel Schlaf usw. Deswegen darf er später ins Bett. Oder er ist schon viel älter, deswegen darf er mal einen Kaffee trinken. Du darfst noch keinen Kaffee trinken.“ Das heißt aber – und das ist ganz

wichtig – Gerechtigkeit herrscht in den Köpfen der Leute dann vor, wenn Privilegien begründet werden. Ein Privileg wird hingenommen oder als gerecht akzeptiert, wenn es wirklich nachvollziehbar begründbar ist. In dem Moment, wo Privilegien nicht mehr begründet werden, beispielsweise bei der Diskussionen um Erbschaften bzw. Erbschaftssteuern, dann wird es auch als massiv ungerecht empfunden. Und das Gleiche haben wir auch bei Lohn- und Gehaltsunterschieden. Ich muss, wenn es als gerecht empfunden werden soll, sehr gut begründen, warum ich ein Privileg habe, das mich besser stellt als den anderen. Und das ist bei uns mittlerweile in vielen Bereichen nicht mehr der Fall. Ich kann nicht begründen, warum ein Chefarzt zehnmal so viel verdient wie seine Krankenschwester auf der Intensivstation und ich kann auch nicht im Zweifelsfall begründen, wenn in einem DAX-Unternehmen der Vorstand hundertmal so viel verdient wie deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. [Zuruf CDU/CSU].

Abg. **Ralph Brinkhaus** (CDU/CSU): [...].

Sachverständiger **Dr. Ulrich Schneider** (Hauptgeschäftsführer, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V.): Ich verdiene auf keinen Fall zehnmal so viel wie der, der bei uns auf der alleruntersten Lohnstufe steht.

Nein, Herr Brinkhaus, ich werde auf keinen Fall Ihnen hier über den „Stock springen“, den Sie mir hinhalten. Sie haben nichts anderes als Polemiken vorgetragen und ich soll jetzt über Ihr „Stöcken springen“? Sie regen sich auf [...] und Sie werden eines nicht erleben, dass ich auf solche Nummern reinfalle. Und deshalb noch mal zurück zur Gerechtigkeitsfrage, von der ich eigentlich ausgegangen war. Ich muss Privilegien begründen, denn nur dann werden Menschen in der Lage sein, Ungleichheiten zu akzeptieren und diese Welt als gerecht zu erleben, was für eine nachhaltige Gesellschaft unverzichtbar ist.

**Vorsitzender Helmut Kleebank** (SPD): Vielen Dank, Herr Dr. Schneider. Das war eine sehr ausführliche Frage- und Beantwortungsrunde. Ich habe gerade die Information bekommen, dass Frau Dr. Kofler schon vor der Tür steht. Wir hatten uns ja vorgenommen, gegen Viertel nach sieben die Sitzung zu beenden. Insofern müssten wir an



dieser Stelle Schluss machen. Ich frage mal in die Runde, ob es unter den Mitgliedern des Beirats den Wunsch gibt, noch einmal nachzufragen? Zumindest bei Herrn Brinkhaus habe ich das Bedürfnis gespürt. Wollen wir das machen? Sonst müssten wir an der Stelle die Sitzung beenden. Noch eine weitere Beantwortungsrunde würde den zeitlichen Rahmen sprengen. Wollen Sie sich noch einmal zu Wort melden? Danach gibt es vielleicht noch Abgeordnete, die noch reagieren wollen. Aber dann machen wir das so. Bitteschön.

Abg. **Ralph Brinkhaus** (CDU/CSU): Herr Schneider ist ja ein netter Kerl. Wir kennen uns ja und haben uns auch schon bei vielen Gelegenheiten nett unterhalten. Aber dann kommen wir bei irgendwelchen Punkten immer aneinander. Das ist aber auch der Sinn dieser Veranstaltung. Deswegen, Herr Kleebank, kann ich es nicht verstehen, dass Sie dann sagen, wenn jemand mal irgendwo was dazwischen ruft, das Sie das nicht wollen. Wir sind hier kein Schlafwagen. Wir sind hier im Deutschen Bundestag. Wir führen hier Debatten. Und insofern müssen wir uns mal überlegen, wie wir die Veranstaltung so gestalten, dass wir hier nicht sitzen, um uns eine Viertelstunde lang eine Antwort anhören und nach Ihrem Gusto hier so sitzen und im Prinzip nichts sagen. Also das ist keine gute Debattenkultur. Und ich genieße das ja, mit Dr. Schneider auch eine Auseinandersetzung zu haben. Ich könnte jetzt noch viel sagen über die Zahlen, auch über die von Herrn Dr. Unzicker

von der Bertelsmann Stiftung. Wir müssen uns daher überlegen, wie wir eine andere Debattenkultur hinbekommen. Ich glaube, hier im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung da gehört es dazu, dass wir uns auch mal streiten. Da gehört es auch dazu, dass wir auch mal kontroverse Sachen austauschen. Deswegen, Herr Kleebank, sollten Sie das nicht immer unterbinden, wenn so etwas passiert. Das halte ich nicht für angemessen. Ansonsten denke ich, werden wir die Debatte an einer anderen Stelle auch noch mal fortführen. Ich genieße das immer. Ich habe eine andere Meinung als Sie, Herr Dr. Schneider, manchmal auch als Sie, Herr Dr. Unzicker. Aber dafür sitzen wir doch hier. Wir sitzen ja nicht hier, damit wir uns gegenseitig erzählen, dass wir alle Recht haben. Insofern lasse ich es mal dabei. Ich denke, wir haben noch Gelegenheit, uns an anderer Stelle auszutauschen.

**Vorsitzender Helmut Kleebank** (SPD): Vielen Dank. Mir ging es ja nur darum, dass wir einander ausreden lassen und nicht ins Wort fallen. Aber auch darüber werden wir ja noch sprechen. Dann machen wir an der Stelle einen Schlusspunkt. Ich danke Ihnen beiden sehr herzlich. Für mich war es jedenfalls eine sehr spannende Debatte. Alles Gute weiterhin. Ich schließe diesen Teil der Sitzung. Wir unterbrechen ganz kurz, machen aber in drei bis vier Minuten weiter.

Schluss der Sitzung: 19:15 Uhr

Helmut Kleebank, MdB  
**Vorsitzender**



Deutscher Bundestag  
Parlamentarischer Beirat  
f. nachhaltige Entwicklung  
Ausschussdrucksache  
**20(26)34**

---

## 23. Sitzung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung am 25. Januar 2023 zum Thema “Menschliches Wohlbefinden und Fähigkeiten, soziale Gerechtigkeit”

---

Zur Vorbereitung auf die öffentliche Anhörung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung wurden vom Sachverständigen **Dr. Kai Unzicker**, Senior Project Manager Demokratie und Zusammenhalt, Bertelsmann Stiftung, Links zu nachfolgenden Unterlagen übermittelt:

Gerechtigkeitsempfinden in Deutschland  
(bertelsmann-stiftung.de)

<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gerechtigkeitsempfinden-in-deutschland>

Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg 2022 Langfassung  
(bertelsmann-stiftung.de)

<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-baden-wuerttemberg-2022-langfassung>

Kai Unzicker: Gesellschaftlicher Zusammenhalt – Konzept, Zustand und  
Handlungsempfehlungen.

In: Die öffentliche Verwaltung DÖV, Ausgabe 24/2022

<https://beck-online.beck.de/?vpath=bibdata%2fzeits%2fDOEV%2f2022%2fcont%2fDOEV%2e2022%2e1018%2e1%2ehtm>